

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.  
Bezugspreis vierteljährl. 1,50 RM  
ohne Postbefreiung. Nur Post-  
bezug. Bestellung bei allen Postan-  
stalten. Geschäftsstelle Berlin S. 69,  
Urbanstr. 69 I. Fernr.: Wppl. 9655.

Einzelnenpreis  
die viergespaltene Beilage 90 Pf.;  
für Verbandsmittglieder 60 Pf.;  
Stiefenangabe 90 Pf.; Beclam-  
lungsanfragen 10 Pf. Der Ein-  
zelnenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 39.

Berlin, den 21. September 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 39. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensowohl die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die vom Verbandstag in Würzburg beschlossene Erhöhung der Beiträge soll mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Danach beträgt die Höhe der Verbandsbeiträge von der 40. Woche ab:

in der 1. Beitragsklasse	40 Pf.
in der 2. Beitragsklasse	60 Pf.
in der 3. Beitragsklasse	70 Pf.
in der 4. Beitragsklasse	100 Pf.
in der 5. Beitragsklasse	150 Pf.

Hierzu kommen dann noch in allen Klassen die am Ort jeweils üblichen Lokalbeiträge.

2. Nachdem die vom Verbandsvorstand gestellten Anträge 85 und 86 vom Verbandstag angenommen wurden, sind zur Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung vom 1. Oktober d. J. ab nur noch die Mitglieder der 5. Beitragsklasse zugelassen. Mitglieder der 4. Beitragsklasse, die seither die besonderen Invalidenbeiträge leisteten, müssen daher von der 40. Woche ab entweder zur 5. Klasse übertreten oder die Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung einstellen. Im letzteren Falle würden diese Mitglieder der bisher erworbenen Rechte an diesem Unterstützungszweig leider verlustig gehen.

3. Für Neuaufnahmen ist vom 1. Oktober dieses Jahres ab als Eintrittsgeld von zur 1., 2. und 3. Beitragsklasse beitretenden Berufsangehörigen je 50 Pf. und von zur 4. und 5. Beitragsklasse beitretenden je 1 M. zu entrichten.

4. Mit der 40. Beitragswoche, das ist die Woche vom 28. September bis 4. Oktober, kommen neue Quittungsmarken zur Ausgabe. Es sind von da ab, auch für noch vorhandene Restwochen, nur die neuen Quittungsmarken zu haben.

Um den mit den Kassengeschäften betrauten Funktionären die Arbeit umlicht zu erleichtern, ersuchen wir die Mitglieder, bis spätestens den 21. September die Beiträge bis einschließlich 39. Woche zu entrichten.

Die Vertrauensleute, Unter- und Werkstufenkassierer sind verpflichtet, bis spätestens den 27. September mit den alten Beitragsmarken abzurechnen und die neuen Marken in Empfang zu nehmen.

Die bisher im Gebrauch befindlichen alten Beitragsmarken sind nur noch bis zum Ablauf der 39. Woche zu verwenden. Alle nach dem 1. Oktober noch am Ort vorhandenen alten Marken sind mit der Abrechnung für das 3. Quartal 1919 an die Verbandskasse einzuliefern, wobei alle am Zollbesand fehlenden Marken als verkauft zu verrechnen sind.

5. Neue Zahlstellen des Verbandes sind mit unserer Zustimmung in nachfolgenden Orten gegründet und werden mit dem 1. Oktober ins Leben treten:

Gau 9: Gräfenthal.
" 10: Lütenscheid i. B.
" 12: Glandau.
Sainichen.

6. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in:

	Beitragskl. 1-3 pro Woche	Beitragskl. 4-5 pro Woche
Varmen-Elberfeld	15 Pf.	25 Pf.
Rehlem	5 "	10 "
Schleiz	10 "	15 "

7. Für die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ muß der Bezugspreis vom 1. Oktober dieses Jahres ab von bisher 20 Pf. auf 40 Pf. je Vierteljahr erhöht werden. Wir haben unseren Mitgliedern dieses Blatt immer noch für den im Jahre 1916 festgesetzten Preis von 20 Pf. geliefert. Infolge der ständigen Steigerung aller Druck- und Papierpreise ist der Bezugspreis für uns schon im Jahre 1918 bedeutend erhöht worden und wird dieser jetzt der jeweiligen Preissteigerung entsprechend für jedes Vierteljahr neu festgesetzt. Buzzeit kostet uns jede einzelne Nummer 5,6 Pf. oder jährlich für 26 Nummern 1,46 M., so daß wir bei jedem einzelnen Bezueher jährlich 66 Pf. zulegen mußten, ohne die durch den Verband noch entstandenen Kosten.

Wir ersuchen daher die Kassierer der Gauen und Zahlstellen, sowie alle diejenigen Mitglieder, welche das Blatt durch diese beziehen, zu beachten, daß vom 1. Oktober ab für alle bei uns bestellten Exemplare je 40 Pf. vierteljährlich zu zahlen sind.

Die „Frauenzeitung“ erscheint alle 14 Tage und wird durch Vermittlung der Organisation geliefert. Die Zustellung erfolgt immer mit der „Buchbinder-Zeitung“. Für den Eingang des Bezugspreises sind die Gau- und Ortsverwaltungen haftbar.  
Der Vorstand.

## Zum Reichstarif.

Nachdem in allen Zahlstellen des Reichsgebietes zu dem Entwurf für einen Reichstarif für das Buchbinder-gewerbe Stellung genommen worden ist, wird in den allernächsten Tagen der Tarifausschuß Gelegenheit nehmen, die anzustellenden Forderungen endgültig zusammenzustellen, die dann der Verbandsvorstand den in Frage kommenden Arbeitgebergruppen zustellen wird. Es darf angenommen werden, daß die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern dann in baldige ihren Anfang nehmen.

Danebenher werden die Verhandlungen über die Neugestaltung des Affordariats laufen. Der Beginn dieser Verhandlungen ist bereits auf den 17. September festgesetzt. Die Verhandlungen darüber finden wie in früheren Fällen in Leipzig statt. Als Vertreter unserer Organisation werden die Kollegen Wienke-Berlin als Vertreter des Verbandsvorstandes, Hesse als Vertreter des Tarifamtes und als Vertreter der einzelnen Tarifkommissionen Czerny-Berlin, Thalheim-Leipzig, Gemmingen-Stuttgari und Faust-München. Es ist Vorsorge getroffen, daß neben den Genannten hincidering Vertreter der einzelnen Sparten hinzugezogen werden.

Wir hoffen, daß es diesmal gelingt, die Verhandlungen zu einem allgemeinen befriedigenden Abschluß zu bringen. Ueber den Gang der Verhandlungen werden wir fortlaufend berichten. W.

## Arbeitslosenstatistik.

An der monatlichen Berichterstattung an das Statistische Reichsamt über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der deutschen Fachverbände haben sich im Monat August von unserem Verband 142 Gauen und Zahlstellen mit 65 412 Mitgliedern beteiligt. Die Verwaltungen der Zahlstellen in Arnstadt, Eisenach, Freiburg i. Br., Giechen-Weglar, Hanau, Kirchheim u. T., Koblenz, Krefeld, Solingen, Weizenzels und Wiesdorf haben trotz erfolgter Mahnung die Berichtarten nicht rechtzeitig eingekandt, so daß diese 11 Zahlstellen mit zusammen 1396 Mitgliedern an dem Ergebnis der Erhebung nicht beteiligt sind.

In den an der Erhebung beteiligten 142 Gauen und Zahlstellen mit 20 403 männlichen und 45 009 weiblichen, zusammen 65 412 Mitgliedern, wurden an dem für den Monat August angelegten Stichtag — den 30. August — 1226 männliche und 741 weibliche am Ort befindliche, sowie 2 männliche durchreisende, insgesamt also 1969 arbeitslose Mitglieder festgestellt.

In diesen an der Berichterstattung beteiligten Gauen und Zahlstellen hat sich demnach im Monat August die Mitgliederzahl wieder um 2310 — 414 männliche und 1896 weibliche — erhöht, während die Zahl der Arbeitslosen in diesen Orten gegenüber dem Ergebnis vom Stichtag im Monat August insgesamt um 117 — 68 männliche und 49 weibliche — geringer ist. Prozentual berechnet, kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 6,0, bei den weiblichen 1,6 und bei beiden zusammen 3,0 Arbeitslose.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:





muss die befürchtete Papierknappheit ein weiteres Steigen der Preise für die Erzeugnisse der Papier verarbeitenden Industrie nach sich ziehen.  
Wird es der Regierung gelingen, durch geeignete Maßnahmen die Kohlennot der kommenden Monate für die deutsche Industrie erträglich zu machen?

### Der Verlagsbuchhandel zur Papierkontingentierung.

Der Weirat der Kriegswirtschaftsstelle hat Anfang August beschlossen, daß für das kommende vierte Quartal 1919 die Bewirtschaftung des Werk- und Zeitschriften-Druckpapiers und die damit zusammenhängende Kontingentierung des Verbrauches durch den beteiligten Verlagsbuchhandel aufrechtzuerhalten ist unter der Voraussetzung, daß die Durchführung der Bestimmungen über die Meßpflicht soweit als möglich zu mildern sei. Der Vorstand des Vorkaufvereins für den deutschen Buchhandel hat diesen Beschluß durch eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium unterstützt. In dieser Eingabe sagt er:

„Die Bewirtschaftung des für den Verlagsbuchhandel notwendigen Papiers durch die Kriegswirtschaftsstelle hat seinerzeit, als die Not auf dem Papiermarkt sich immer mehr geltend machte, auf Antrag der buchhändlerischen Körperschaften stattgefunden. Wenn auch verschiedene Kreise des Buchhandels von Anfang an und auch während der Zeit der Bewirtschaftung durch die Kriegswirtschaftsstelle bis zum heutigen Tage in dieser einen unangenehmen Zwang empfanden, der der freien Verfügung oft sehr lästig wurde und namentlich zu der Zeit, als die Papiernot immer stärker in die Erscheinung trat, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Bewirtschaftung selbst für den wesentlichen Teil des Verlagsbuchhandels, besonders den kleineren und mittleren Geschäften, die Möglichkeit gegeben hat, während der schweren Zeit des Krieges den Betrieb, wenn auch nur beschränkt, doch aufrechterhalten zu können. Jedemfalls müssen wir anerkennen, daß das Bestreben der Kriegswirtschaftsstelle während ihrer ganzen Tätigkeit für den Verlagsbuchhandel dahin gerichtet war, die mit jedem Schematismus entstehenden Härten auszugleichen und dem Verlagsbuchhandel zu helfen. Der Leiter der Kriegswirtschaftsstelle hat es mit Verständnis für die Bedürfnisse des Verlagsbuchhandels ermöglicht, soweit als das nur irgend anging war, dem Buchhandel bei der Beschaffung des notwendigen Papiers zu helfen, und wie er kennen ferner darauf an, daß auch durch den Herrn Delegierten im Reichswirtschaftsministerium alles getan worden ist, was möglich war, um dem Buchhandel das nötige Papier zu zuführen. Wir sind davon unterrichtet, daß infolge der Kontingentierung des buchhändlerischen Verbrauches es ermöglicht worden ist, daß von der beschränkten Zellstofffabrikation ein Teil zur ausschließlichen Herstellung von Werk- und Zeitschriften-Druckpapier sichergestellt werden konnte. Wir wissen, daß die beteiligten Kommissionen durch die Kontingentierung die Handhabe hatten, dem Kohlenminister die Zuteilung von Kohle für Werkdruckpapierfabriken zu empfehlen, wir sind unterrichtet, daß die Kriegswirtschaftsstelle durch entsprechende Anträge bei der Eisenbahnverwaltung Wagenstellung für Papierfabriken ermöglichte und wir haben keinerlei Beschwerden erhoben, aus denen erhellend wäre, daß die von der Kriegswirtschaftsstelle an die Papierfabriken weiter gegebenen Beweilscheine auf Werkdruckpapiere von den Papierfabriken nicht befriert worden wären. Würde im gegenwärtigen Augenblick, wo mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Kohlennot und die Hochkonjunktur für die Papierfabrikation Zustände auf dem Papiermarkt herbeiführen wird, wie sie sich immer während des langen Krieges nicht bestanden haben, die planmäßige Bewirtschaftung des Werkdruckpapiers aufgehoben, so sehen wir die Gefahr für den Verlagsbuchhandel vorliegend, daß das wenige Papier, das in der nächsten Zeit zur Anfertigung kommen kann, an dem Papierverbrauchen fließt als dem Verlagsbuchhandel. Wir fürchten, daß mit der Aufhebung der Kontingentierung die Zellstoffverteilungskommission nicht mehr in der Lage ist, den seither für den Verlagsbuchhandel bestimmten Teil des Zellstoffes diesem zuzuführen, wir fürchten ferner, daß jede Einschränkung auf die Kohlenzuteilung für Werkdruckpapierfabriken sowie die Einwirkung auf Wagenstellung nicht mehr möglich ist und wir sehen Zustände entstehen, die zu den schwersten Erschütterungen für den gesamten deutschen Verlagsbuchhandel führen müssen.“  
Mit dieser Haltung der Buchhändler-Organisation muß man sich einverstanden erklären. Je mehr Papier dem Buchhandel zur Verfügung gestellt werden kann, um so größer wird die Aussicht auf die Beschäftigungsmöglichkeit für unsere Kollegenschaft.

### An unsere Kolleginnen!

Unter dieser Parole ist in Nr. 37 der „Buchbinder-Zeitung“ ein Aufruf des Kollegen Fischer erschienen. Derselbe veranlaßt mich, einige Erwiderungen zu geben. Ich unterbreite die Ausführungen voll und ganz, wenn Kollege Fischer meint, bei den Kolleginnen ginge Tanz und Vergnügen vor die Organisation. Es ist bedauerlich, aber wahr: Woran liegt das? Doch jedenfalls an der Erziehung unserer Kolleginnen innerhalb unserer Organisation. Bisher ist doch nichts getan worden, um Kampfesmut in die Kolleginnen hineinzubringen.

Ich bin der Meinung, daß die Kolleginnen so indifferent geblieben sind, ist Schuld der Organisation. Ich habe es schon jahrelang schmerzlich bedauert, daß innerhalb unseres Verbandes so wenig getan wird, um unsere weiblichen Mitglieder aufzuklären. Ich sehe jedoch voraus, da die Opposition innerhalb unserer Zahlstelle mit großer Mühe durchgebrungen ist, daß die Kollegen es versuchen werden, die Mitgliedschaft zu einem Besseren zu erziehen, damit sich auch jedes Mitglied bemüht wird, zu was es organisiert ist. Nicht nur zahlende Mitglieder wollen wir, sondern gerade den Neueingetretenen wollen wir den Kampfesmut beibringen. Dazu gehört Schulung. Und das kann nur innerhalb des Verbandes durch wissenschaftliche, gewerkschaftliche und soziale Vorträge, anschließend mit Diskussion, geschehen. Wenn das der Fall ist, dann wird sich ein solch trauriges Bild, wie es der letzte Verbandstag gezeigt hat, nicht mehr zeigen, weil wir unsere Kolleginnen im oben erwähnten Sinne erziehen und dann auf dem nächsten Verbandstag hoffentlich mehr und tüchtigere Kolleginnen anwesend sein werden, die in der Lage sind, die gesamte Mitgliedschaft zu vertreten. In diesem Sinne rufe ich auch die Kolleginnen auf, sich recht regen an den Versammlungen und Veranstaltungen der Organisation zu beteiligen. Wir müssen den Kampf mit unseren Kollegen gemeinsam führen und dann wird es ein leichtes sein, den Sieg zu erringen.

Berlin. Frieda Lejchow.

### Der neue Weg!

In der letzten Generalversammlung der Zahlstelle Berlin wurde ein Flugblatt verbreitet, das von einem Propagandaauschuß unter Führung des Kollegen Herzog herausgegeben ist. Aus dem Inhalt dieses Blattes ist hervorzuheben, daß alle Mitglieder aufgefordert werden, nur Funktionäre zu wählen, die auf dem Boden des revolutionären Nützlichkeits stehen. Nach den in Berlin gemachten Erfahrungen heißt das: nur Mitglieder der I. S. P. D. oder K. P. D. sind befähigt, Leiter unserer Verbandsgeschäfte zu sein. Obwohl nun unser Verbandstag beschlossen hat, daß nach den politischen Ansichten bei Besetzung von Ämtern nicht gefragt werden darf, sehen sich die Berliner Kollegen glatt darüber hinweg und machen das Gegenteil, denn zur Erreichung ihres Zieles ist ihnen jeder Weg recht. Ich sehe in dieser Propaganda eine Gefahr für die Einheit und Geschlossenheit der Organisation und einen Nachteil für die kommenden Kämpfe. Im Kampfe gegen den Kapitalismus und für die Verbesserung der Lebenshaltung muß die gesamte Kollegenschaft zusammenstehen. Aus diesem Grunde rufe auch ich wie der Kollege Schuhmeier in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ dem Verbandsvorstand zu: „Augen auf!“ und rechtzeitig diese Propaganda eingedämmt. Denn wenn es so weiter geht, ist die Zerplitterung unseres Verbandes wohl sehr bald nicht mehr aufzuhalten. Alle Kolleginnen und Kollegen, denen die Geschlossenheit und Einheit der Organisation am Herzen liegt, müssen gegen dieses Treiben den schärfsten Protest einlegen und alle Kräfte einsetzen, um eine Spaltung unseres Verbandes zu vermeiden. Näher auf die Berliner Verhältnisse einzugehen, halte ich zurzeit nicht für angebracht. Der genannten Kollegschaft rufe ich aber zu: „Seht euch die Kollegen an, welche euch mit diesen radikalen Worten in ein Fahrwasser treiben wollen, das euch, anstatt Befreiung vom Kapitalismus und Verbesserung eurer Lage, Uneinigkeit und Zerplitterung bringen muß.“  
Neuföhn. W. Braunsdorf.

Wer dem Ganzen nicht gehört,  
nur sein eigen Ich verehrt,  
hält das Leben allzu wert.  
Wer im tiefsten Sinn erkannt,  
daß dies Ich dem Nichts verwandt,  
dient dem großen Werkbegehrt,  
der den Tod das Leben hehrt.  
Der nur ist der weise Mann,  
der heut leben, heut sterben kann.

### Die Frau in den graphischen Künften.

In fast allen Gebieten des Buchgewerbes und der graphischen Künfte sind heute auch Frauen in hervorragendem Maße tätig. Am frühesten von allen graphischen Berufen wurden die Frauen in die Buchbinderei eingeführt. Schon gegen Ende der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden Frauen erstmalig in vereinzelt Fällen, so besonders in Leipzig, Stuttgart, Berlin und Offenbach in der Buchbinderei, Kartonnagen-, Galanterie- und Lederwarenbranche beschäftigt. In vereinzelt Fällen bestanden damals schon in obengenannten Orten selbständige Frauenbetriebe, sowohl in der Buchbinderei wie in der Kartonnagenbranche. So eröffnete z. B. Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine junge Frau in Stuttgart eine Marmorierstube mit großem Erfolg. Das Marmorieren war damals noch ein „Weheimis“. Dazu kam noch der Umstand, daß sich nur rationell entwickelte Betriebe den Luxus erlauben konnten, einen ständigen Marmorierer zu beschäftigen. Die betreffende Frau erlernte die Kunst des Marmorierens bei der Firma Albert Schmidt in Stuttgart. Es wurde damals ausschließlich mit Traganit marmoriert, da man die Verwendung des weit billigeren Caragen-Mooses noch nicht kannte. In Anbetracht ihrer erstaunlichen Kunstfertigkeit und Sicherheit in der Marmorierkunst wurde die Frau förmlich mit Aufträgen der vielen kleineren Buchbindereien überhäuft, um so mehr, als sie jede Art von marmorierten Buchschnittten genau nach Muster auszuführen imstande war. Sie verfertigte französische und griechische, Kokolo-, Blumen- und Trauerschnitte ganz nach Wunsch des Auftraggebers.

Selbständige, von Frauen betriebene Buchbindereien und Kartonnagengeschäfte waren schon zu jener Zeit nichts Seltenes. Es waren in den meisten Fällen Witwen, welche den Betrieb ihres Mannes weiterführten. Da kam es dann allerdings häufig vor, daß die auf der Umkehr durchreisenden Buchbindertagelassen solche Arbeiten, welche die Meisterin nicht ausführen und bemessern konnte, wie Schlägen, Verpolen und Pressen, Beschneiden usw. fertigen mußten und sie hatten dabei schöne Tage.

Als sich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Kleinbetriebe zur Großbuchbinderei entwickelten, da wurden auch zugleich die ersten Versuche gemacht, Frauen in die Buchbinderei einzuführen. Anfangs standen selbst viele Buchbindereibesitzer der Frauenarbeit und der Einstellung von Arbeiterinnen skeptisch gegenüber. Schon der Unbehändigkeit und den öfteren Störungen, denen der weibliche Organismus unterworfen ist, wegen deren die Arbeitszeit nur zu häufig unterbrochen wurde, bestimmten viele Arbeitgeber, von der Einstellung weiblicher Hilfskräfte abzusehen. Jedoch hat mit der Zeit der kapitalistische Profit alle diese Hindernisse überwunden, inwiefern die weibliche Arbeitskraft eben bedeutend billiger ist. Doch muß zu Ehren vieler Großbetriebe hier angeführt werden, daß zur damaligen Zeit selbst verhältnismäßig große Betriebe wie H. H. Herzog, Ostler Sperling, Verlag von Großhaus und Verlag von Spamer in Leipzig neben 60-100 Geübten kaum ein halbes Duzend Arbeiterinnen beschäftigten, die neben ihren Arbeiten noch das Reinmachen der Geschäftslöcher zu besorgen hatten. Von seiten der Kollegenschaft wurde der damals noch nicht entwickelten Konkurrenz der Buchbindereiarbeiterinnen nur wenig Beachtung geschenkt. Ja, viele Kollegen haben dem Entwicklungsprozeß in der Buchbinderei und verwandten Branchen beigeigelt, weil sie von den einfachen und untergeordneten Arbeiten verschont wurden. Das beweist schon die Tatsache, daß der im Jahre 1868 in Leipzig erstmals konstituierte Kongreß der Buchbinder Deutschlands sich mit der Arbeiterinnenfrage noch gar nicht beschäftigte. Jedoch mit der fortschreitenden technischen Entwicklung der Großbuchbindereibetriebe fand sich der Allgemeine Buchbindertag zu Nürnberg (1873) veranlaßt, zu der im Reime entwickelten Arbeiterinnenfrage Stellung zu nehmen. Die Meinungen zur Lösung der Arbeiterinnenfrage gingen jedoch soweit auseinander, daß eine Klärung in dieser so wichtigen Frage nicht herbeigeführt werden konnte. Der Grund hierzu mag auch darin gelegen haben, daß eine allzu große Konkurrenz der Arbeiterinnen den Gehilfen gegenüber damals kaum in Betracht kam. In der Buchbinderei und verwandten Branchen wurden zu jener Zeit in den Hauptzentren unseres Berufes kaum 1000 Arbeiterinnen beschäftigt, welche zudem nur mit Handpalen und Gesten sowie mit Goldaufträgen und Stepparbeiten verwendet wurden. Auch auf dem Offenbacher Verbandstag (1885) schenkte man der Arbeiterinnenfrage unseres Berufes noch wenig Beachtung. Jedoch schon auf dem Verbandstag zu Altenburg (1891) verfolgten die Delegierten die Arbeiterinnenfrage etwas aufmerksamer. Man stellte sich die Lösung dieser Frage allerdings etwas leicht

vor, indem der Leipziger Telegraphische Taube den „scherzhaften Vorschlag“ machte, unsere Kollegeninnen aus den Betrieben samt und sonders herauszuheiraten.

Auf dem Verbandszuge in Altenburg (1891) wurde auf Antrag des Unterstiftungsvereins der Buchbinder zu Hamburg der Beschluß gefaßt, den Buchbinderarbeitsfrauen das Eintrittsrecht in den Verband zu gestatten.

Seit Anfang der 90er Jahre, als die Arbeiterinnenfrage brennend wurde und ganz besonders bei der Gründung unseres Zentralverbandes (1888) wurde den Arbeiterinnen unseres Berufes das Eintrittsrecht in den Verband gestattet. Seit jener Zeit ist die Zahl unserer weiblichen Mitglieder fortgesetzt gestiegen und gegenwärtig dürfte deren Zahl sich auf mehr denn 40000 beziffern. Infolge der im Buchgewerbe und in der Papierindustrie sich mächtig entwickelten Maschinenarbeit und der damit verbundenen Teilarbeit hat sich die Frauenarbeit in der Buchbinder- und aller verwandten Berufe derartig entwickelt, daß es heute kaum noch eine Maschine gibt, an der nicht Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die natürliche Folge war, daß endlich zwischen Männer- und Frauenarbeit eine reinliche und strenge Scheidung in allen Eparten festgesetzt werden mußte. Es bleibt nur noch übrig, daß die Frauen bei gleicher Arbeit mit gleichem Lohn entlohnt werden. Letzteres ist zwar durch die Rationalisierungsversammlung festgelegt, bedarf aber erst noch einer strengen Durchführung.

Die Frauenemancipation aller Länder, welche ihren Ausgang von England und Nordamerika genommen hat, strebt nach den gleichen Rechten, welche das 19. und 20. Jahrhundert dem härteren Geschlecht zuteil werden ließ. Die Folge dieser Bestrebungen wird sein, daß die Frauen in allen europäischen Ländern es ihren amerikanischen Schwestern gleich tun werden, sich allen Berufen anzupassen, zu denen ihre körperliche, physische Konstitution und ihre geistigen Fähigkeiten zureichen werden. Schon seit zwei Jahrzehnten besuchen bereits die Frauen in England und Nordamerika die in beiden Ländern bestehenden Fachschulen für Buchbindereien, welche von Seiten des Staates eingeführt sind, mit großem Erfolg. In England befinden sich solche Fachschulen, zu denen auch Frauen zugelassen sind, in Birmingham, Leicester, Liverpool, Glasgow, Northampton. In Deutschland hat sich der bekannte Letze-Verein in Berlin die Aufgabe gestellt, Frauen in der Kunstbuchbinder- und im Schriftsatz auszubilden. Wie bekannt, sind aus diesem Kunstinstitut für das Buchgewerbe eine Reihe geprüfter Künstlerinnen hervorgegangen.

Um die Eigenart des weiblichen Schaffens auf den Gebieten der graphischen Künste klar und umfassend größeren Kreisen vor Augen zu führen, wurde anlässlich der „Internationalen Welt-Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914“ für die Ausstellung der Frauenarbeit ein eigenes Haus errichtet. Eine Architektin hat die Pläne des Hauses entworfen und leitete den Bau persönlich. Auch die Innenausstattung der Räume lag in den Händen von Künstlerinnen. An der Spitze der einzelnen Ausstellungsabteilungen standen sachverständige Frauen von hervorragender Bedeutung. Es handelte sich hier bei dieser erstmaligen Ausstellung von Frauenarbeit um eine umfassende Darstellung der Frauenleistungen in einem bestimmten Fach, also um eine Frauen-Fach-Weltausstellung. Die eingedruckte ist in 16 Abteilungen, von denen zwei wissenschaftlicher Natur waren, die geschichtliche und die sozialstatistische. Den Hauptraum nahm der Buchhandel ein, in welchem bekanntlich Frauen vielseitig beschäftigt sind. Zu den Autoren der buchhändlerischen Erzeugnisse gehörten die hervorragendsten Schriftstellerinnen aller Länder der alten und neuen Welt. Desgleichen nahm das Bibliothekwesen und die Bibliophilie einen großen Raum ein, in deren Räubern die Frauen hervorragend tätig sind. Besonders vertreten waren die zahllosen Modejournale aller Nationen, an welchen ausschließlich Frauen redaktionell tätig sind. Ferner die Malerei, Radierkunst, Photographie, Decoration, Illustrationskunst, Reliamentkunst, Buchbinder- usw. Wir sehen demnach die Frauen in allen graphischen Künsten vertreten.

Beim Betreten dieses eigenartigen Hauses konnte man sich wundern, daß man nicht eher an das „Cherchez la femme“ gedacht hat. Sucht die Frau! Sucht ihren Anteil an all dem Wesen, das wir Buchgewerbe und Schrifttum nennen; überlegt einmal, ob ihr Männer nun auch auf diesem Gebiete, in demselben Maße und mit derselben Selbstverständlichkeit dominiert, wie auf den anderen Gebieten? Wie in Köln auf der Werkbund-Ausstellung (1913) ein Haus der Frau den Anteil des weiblichen Geschlechts an der Kunstgewerblichen

Produktion darstellte, so hat hier in Leipzig das Haus der Frau den wirklichen Anteil an der buchgewerblichen Produktion und darüber hinaus an der geistigen Kultur demonstriert. Da ist es uns fast, als ob wir erst bei dieser Gelegenheit gewahrten, wie stark der Anteil der Frauen schon ist — und wie stark er gerade hier noch werden kann. Nicht treffend sagt ein Sach- und Sachkritiker zur Außen- und Innenausstattung zum Haus der Frau: „Will man aus diesem Dilemma herauskommen, so muß man die Frau bei der Arbeit aufsuchen, bei der geistigen oder bei der praktischen. Und bemühen wir uns dabei zu vergeßen, was uns oftmals weibliche Arbeit in manchem Belang als eben weibliche Arbeit erkennen ließ, denken wir daran, daß z. B. die Oberflächlichkeit auch in der Produktion der Männer nichts Seltenes ist, so sind wir objektiv genug gerichtet, um zu würdigen, was die Frauen in den graphischen Berufen leisten.“ Schon das Haus ist weibliche Leistung, wenigstens im Entwurf. Wenn die Ausstellung in Süddeutschland oder in Oesterreich gewesen wäre, wo die Frauen auch auf dem Bau arbeiten, so könnte es auch technisch zum Teil weibliche Arbeit sein. (Schluß folgt.)

### Internationales.

Eine internationale Konferenz der Buchbinderverbände sollte am 15. September in Amsterdam stattfinden. Infolge zu schwacher Beteiligung mußte sie im letzten Augenblick wieder verschoben werden. Ihre Teilnahme hatten die drei nördlichen Staaten und Holland zugesagt. Eine Besprechung, die vor kurzem durch Vertreter einiger Entente-Länder in Paris herbeigeführt wurde und über deren Inhalt und Beteiligung uns nichts bekannt geworden ist, hat sich dahin entschlossen, an einer internationalen Konferenz in Amsterdam teilzunehmen, wenn diese nicht vor dem 13. Oktober stattfände. An der kommenden internationalen Konferenz werden sich demnach voraussichtlich außer Deutschland noch Oesterreich, Ungarn, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz, Belgien, Frankreich, England, Spanien und Italien beteiligen, eventuell auch die Vertreter des tschechischen Verbandes. Wir hoffen, daß auch für unsere kommende internationale Konferenz gilt, was jetzt die Schuhmacher zum Abschluß ihres Kongresses sagen konnten:

„In brüderlicher Eintracht haben die Delegierten den zerrissenen Fäden der Internationale in unserem Berauf wieder verbunden und so fest verschlungen, daß er allen Anstrengungen der Gegner Widerstand leisten wird. Von sämtlichen Delegierten wurde die Notwendigkeit des innigen Zusammenwirkens anerkannt, um die großen Fragen der Zeit in Einklang mit unserm Handeln zu bringen. Einig war man in der Meinung, daß ein solches Unglück, wie der Krieg mit all seinem Elend und Jammer, nie mehr die Menschheit heimsuchen dürfe und daß der verruchte Imperialismus der Kapitalisten aller Länder niedergeworfen werden müsse. Das Interesse der Proletarier aller Länder erfordert gebieterisch deren internationale Organisation.“

Kurz vor Abschluß dieser Nummer lesen wir noch im Schweizer „Buchbinder“ folgende Notiz: „Am 24. August hielten die Organisationen der Ementeländer in Paris eine Vorkonferenz ab. An derselben nahmen teil: England, Belgien und Frankreich. Diese hat beschlossen, an der Amsterdamer Konferenz teilzunehmen, wenn die selbe auf den 13. Oktober verschoben wird. Das internationale Bureau in Berlin ist davon benachrichtigt worden. Wir schließen uns der Verschiebung an, um dadurch zu erwirken, daß die Konferenz möglichst gut beschickt werde. Nur dann, wenn alle hauptsächlichsten Länder vertreten sein werden, wird auch unsere Organisation an der Konferenz teilnehmen.“

Dänemark. Die jährliche Repräsentantenversammlung des dänischen Buchbinderverbandes fand am 21.—22. Juni in Kopenhagen statt. Aus dem Bericht geht hervor, daß größere Lohnkämpfe nicht stattgefunden haben. Nicht unerhebliche, aber trotzdem unzureichende Teuerungszulagen sind allen Mitgliedern gewährt worden. Den Akkordarbeitern ist ein bestimmter Prozentschlag bewilligt und die Arbeitszeit wurde um 3/8 Stunden pro Woche gekürzt. Für die Kartonarbeiter wurde ein Verdienst von 25—30 Proz. über den höchsten Stundenlohn garantiert. Verhandlungen betreffs Einführung des achtstündigen Arbeitstages sind geführt worden und die Arbeitgeber erklärten sich bereit, den Achtstundentag vom 1. Januar 1920 ab einzuführen. Der Vorstand erhob dagegen Protest und werden die Verhandlungen jetzt von dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes weiter geführt.

Da die allgemeinen Teuerungszulagen keinen genügenden Ausgleich den erhöhten Lebensun-

kosten gegenüber bilden, so wurde beschlossen, eine großzügige Lohnforderung zu stellen, die sofort auszuarbeiten und den Arbeitgebern vorzulegen. Die finanzielle Lage des Verbandes ist nicht glänzend und in nächster Zeit sind große Lohnkämpfe zu erwarten. Deshalb wurde ein Antrag angenommen, wonach männliche Mitglieder 1 Krone und weibliche 45 Oere Extrabeitrag zu dem Streikfonds zu entrichten haben, worüber eine Urabstimmung endgültig zu entscheiden hat. Es wurde hervorgehoben, wie notwendig ein Zusammenarbeiten der graphischen Verbände ist. Die Lithographen befinden sich zurzeit in einem Lohnkampf und ihre Geldmittel sind beinahe aufgebraucht. Der Vorstand wurde beauftragt, mit den Lithographen in Verbindung zu treten und sie evtl. pekuniär zu unterstützen, wozu dann Extrabeiträge aufgenommen werden müßten. Weiter wurde beschlossen, Mitgliederkarten statt Bücher einzuführen, da die Bücher sehr teuer sind und da im letzten Jahre von 1400 Neuzutretenden zirka 500 wieder ausgetreten sind.

Der Vorstand hatte den Auftrag bekommen, ein Haus zu kaufen; er konnte diesen Auftrag aber wegen der Höhe des Preises nicht ausführen.

Die Mitgliederzahl ist trotz der geringen Agitation auf 3550 gestiegen, davon 950 vollzählende und 2600 halbzählende Mitglieder.

Die Lage der Papierindustrie im Ausland. Aus der Schweiz wird von einem Papierüberfluß berichtet. Nach den „Basler Nachrichten“ hat die Sektion Papierindustrie der Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft neben anderen Maßnahmen für den Abbau an zuständiger Stelle angeregt, es sei der Bundesratsbeschluß vom 17. Januar 1919, der mit Rücksicht auf die damalige Papierknappheit die vorübergehende Einführung kleinerer Frachtbriefe gestattete, aufzuheben, da der Grund, welcher zu seinem Erlaß geführt hatte, gefallen sei. Papierknappheit bestehe in der Schweiz nicht mehr, seitdem infolge der Beendigung der Kriegswirren die Papierreserven des Landes verwendet werden kann und die Fabriken mangels Bestellungen auf Lager arbeiten, die Reserve also fortwährend wieder ergänzen. Große Vorräte befanden sich bei den schweizerischen Papierverbrauchern, welche sich reichlich eingedeckt hatten. Die Papierfabriken und die graphischen Gewerbe leiden unter Beschäftigungslosigkeit, was den Abbau der amtlichen Maßnahmen zur Einschränkung des Papierverbrauches rechtfertigt.

In Rußland ist nach „Golos Rossii“ der Papiermangel so stark, daß die Sowjetregierung sämtliche Papiervorräte beschlagnahmte und deren Ueberweisung an das Hauptkomitee für Papierherstellung zur alleinigen Verfügung und Verteilung angeordnet hat. Augenblicklich werden an Rollenpapier insgesamt 71 000 Pud monatlich hergestellt; davon entfallen auf Moskau 50 000 Pud, auf Petersburg 15 000 Pud. Die Herstellung von Zeitungspapier geht merklich zurück, da es den Fabriken an Sieben fehlt. Zudem sind die meisten Papierfabriken im nördlichen Gebiet gelegen, von wo eine Ausfuhr zurzeit schwierig ist. Der Hauptgrund ist jedoch der Mangel an Lebensmitteln und Arbeitskräften.

Die Papierindustrie in Ungarn während der Räteregierung. Nach der Wiener „Papier- und Schreibwaren-Zeitung“ waren in Ungarn zu der Zeit, als die Räteregierung ihren Anfang nahm, Papiervorräte nicht vorhanden. Aus Schweden wurden kleinere Papiermengen eingeführt und unter Leitung der Papierzentrale an die Papierhändler verteilt. Sämtliche Unternehmungen mit mehr als zwanzig Arbeitern wurden sozialisiert. Sie wurden zu staatlichen Verkaufsläden. Der Unternehmer durfte sich als Angestellter weiter am Geschäft betätigen und erhielt dafür einen Monatsgehalt von 3000 Kronen. Der Papierkleinhandel blieb von der Sperre frei, während alle anderen Läden, sofern sie nicht später zu staatlichen Verteilungsstellen wurden, gesperrt waren. Der Geschäftsgang der Papierkleinhandlungen war überraschend günstig, besonders das Ansichtskartengeschäft blühte. Die Nachfrage nach Ansichtskarten war größer als je, andere Waren waren fast nicht zu haben, und außerordentlich viel Geld war im Umlauf.

Sehr schlecht erging es den Buchdruckereien. Eine der letzten Nummern des infolge der Papiernot auf braungebleibtem Spinnpapier gedruckten „Pester Lloyd“ enthält eine Verordnung über „Vervielfältigung geistiger Produkte“, wonach alle Arten geistiger Produkte nur dann im Wege des Buchdruckes oder der Lithographie vervielfältigt werden dürfen, wenn hierzu die Erlaubnis des Landesrats für geistige Produkte eingeholt worden ist. Ja selbst Geschäftsformulare, Briefpapier, Briefumschläge, Preislisten, Prospekte

usw. durften nach dieser Verordnung ohne Erlaubnis der Budapester Kommission nicht hergestellt werden. Den Druckereien wurde es strengstens zur Pflicht gemacht — dasselbe galt auch für Buchbindereien, Kartonnagenbetriebe usw. —, nur solche Arbeiten entgegenzunehmen und auszuführen, die ihnen durch die Produktionsabteilung des Landessensats für geistige Produkte zugewiesen wurden.

### Berichte.

**Berlin.** Am 10. September fand eine Branchenversammlung der Album-, Wappen- und Galanteriearbeiter statt, in der Röll den Bericht über den Reichstaxtarif der Lederwarenindustrie gab. In gut verständlicher Weise beleuchtete er die Licht- und Schattenseiten eines solchen Tarifes. In dem vorläufigen Protokoll der Verhandlungen über die Schaffung dieses Tarifes ist unser Verband im Kopf des Tarifes kaum erwähnt, auch nicht die Sonderabmachungen unserer Gruppe, obwohl uns von vornherein in jeder Verhandlung von den Arbeitgebern zugesichert wurde, daß unsere Gruppe gesondert als Anhang im Reichstaxtarif eingegliedert werden soll. Die Arbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden und täglich 8½ Stunden ist nicht im günstigen Sinne für uns entschieden worden, ebenso wie die Urlaubsträge. Begünstigt der Höhe wäre leichter ein Liebereinkommen mit uns möglich gewesen, wenn man die im Entwurf vorgezeichnete Staffelung nach der Zeit der Berufstätigkeit beibehalten hätte. Statt dessen hat man nach Altersklassen abgestuft, bei den weiblichen bis zu 20 Jahren und den männlichen Arbeitern sogar bis zum 23. Jahr.

Weiter enthält der Reichstaxtarif noch einen Paragraphen, der da besagt, daß die Differenzen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, durch die betr. Schlichtungsinstanzen zu regeln sind, unter Ausschluß jeder besonderen Anwendung von Gewaltsmitteln (wie Streiks, Aussperrungen usw.). Dieser Paragraph sowie die dreijährige Gültigkeitsdauer des Tarifes kann und darf von uns nicht anerkannt werden. Röll erklärte zusammenfassend, daß der Reichstaxtarif außer einigen kleinen Verbesserungen (wie Beachtung der Feiertage und eine Annäherung für die Löhne der Kleinen an die großen Städte) in den wesentlichsten Punkten von unseren Grundforderungen abweicht und der beweglichen Zeit in keiner Weise Rechnung trägt. Die Branchenleitung empfiehlt daher die Ablehnung desselben.

Der Vorsitzende verlas dann das Schreiben, was von den Arbeitgebern (Gruppe V) auf unsere neu-gestellten Forderungen eingelaufen ist, in dem sie uns mitteilen, daß sie unsere Forderungen nicht mehr über denselben als Ganzes ablehnen oder aufstimmend befanden werden kann. Hierauf setzte eine ziemlich lebhafteste Diskussion ein, an der sich eine ganze Reihe Kollegen beteiligten. Als Vertreter der Ortsverwaltung erklärte Maspar, daß uns bei dieser Lohnbewegung die Unterstützung der Ortsverwaltung sicher sei. Er mahnte in der Frage der 8½stündigen täglichen Arbeitszeit zur Vorsicht, weil sonst später die Verleghung die tägliche 8 stündige Arbeitszeit vorsehen kann und wir an diesen Tarif gebunden seien. Den Streikparagraphen bittet er entschieden abzulehnen. Außer ein paar Stimmen, die zur Vorsicht mahnten, waren die Redner für Ablehnung des Reichstaxtarifes in dieser Form. Die Abstimmung ergab dann einstimmige Ablehnung desselben.

Zu dem Artikel in Nr. 38 der Buchbinder-Zeitung, „Reichstaxtarif der Lederwaren-Industrie“ ist folgendes zu berichten: Die Heimarbeitertfrage soll dem Reichsarbeitsamt zur Entscheidung übertragen werden; dem Schiedspruch hätten sich dann beide Parteien zu unterwerfen. Bis zu dieser Entscheidung soll das Offenbader sowohl als auch das Weimarer Heimarbeitertabkommen in Kraft bleiben.

**Chemnitz.** Eine gemeinsame Versammlung der Kartonnagen- und Buchbinderbranche fand am 12. September statt; die zur neuen Steuerungsanlage Stellung nahm. Blüthe hielt das einleitende Referat. Chemnitz hinkt in tariflicher Entlohnung sehr hintennach; unsere niedrigen Tariffsätze sind oft ein Gemüts für die auswärtigen Kollegenschaft. Erst im Mai gelang es uns endlich die Grundlagen der Tarife zu schaffen. Das laue Verhalten der hiesigen Kollegenschaft hatte es vorher unmöglich gemacht. Nun gilt es aber, einen tüchtigen Sprung nach vorwärts zu machen, um auch hier die Wege für die Reichstaxtarife zu ebnen. Der gute Besuch der Versammlung war ein würdiger Aufschub hierzu. Die Diskussion war lebhaft und kam der Drang nach härterer Entlohnung, um endlich existieren zu können, lebhaft zum Ausdruck. Die von der Kommission ausgearbeiteten Zulagenforderungen, bereits von einer Vertrauensmännerkung bestätigt, wurden einstimmig angenommen. Die Lohn erhöhungen sollen betragen: Für die Kartonnagen: Für Zu-

schneider pro Stunde 50 Pf. mehr, für Riber pro Stunde 40 Pf. mehr. Für Hilfsarbeiter unter 16 Jahren 30 Pf. pro Stunde mehr, für Hilfsarbeiter über 16 Jahre 40 Pf. pro Stunde mehr. Für Chermädchen im ersten und zweiten Halbjahr je 20 Pf. pro Stunde mehr. Für Kartonnagenarbeiterinnen im 1. Jahre 20 Pf. pro Stunde mehr, für Kartonnagenarbeiterinnen im 2. und 3. Jahre 30 Pf. pro Stunde mehr, für Kartonnagenarbeiterinnen nach dieser Zeit 40 Pf. pro Stunde mehr, für besonders geübte Kartonnagenarbeiterinnen 40 Pf. pro Stunde mehr.

Die Lohnzulagen sollen betragen für die Buchbinderbranche: Für gelernte Buchbindergehilfen pro Woche 24 Mk. Für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren 10 Mk., für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren 12 Mk., für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre 18 Mk. Für Heberjungen an Wochentagen bis 8 Uhr abends 50 Prozent, für weitere Heberjungen, Nacht- und Sonntagsarbeit 75 Prozent. Die Nachtarbeit beginnt um 8 Uhr abends und endet früh 6 Uhr. Bei Schichtwechsel soll ab 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ein Zuschlag von 25 Proz. gewährt werden. Ferien sollen für das Buchbindereipersonal so sein, wie diese mit dem gelerntem Buchdruckpersonal vereinbart wurden. Die Erhöhung der Löhne soll am 27. September (erste Oktoberwoche) zur Einführung gelangen.

Die Verhandlungskommission wurde einstimmig bekräftigt. Bedauert wurde, daß die Buchdruckereihilfsarbeiter diesmal getrennt vorgegangen sind. Der erstellte Schiedspruch vom 8. September wurde als ein Fehlspruch bezeichnet, da er nur eine Zulage von 15 Prozent bringt und in keiner Weise den Verhältnissen und Tarifachen Rechnung trägt. Der gute Geist der Versammlung für unsere berechtigten Forderungen muß auf alle übertragen werden, dann wird auch endlich die Chemnitzer Kollegenschaft sich solche tariflichen Verhältnisse schaffen, die ihr schon längst gehörten. Nun auch noch die letzte Kollegin und der letzte Kollege hüten in die Organisation. Nur in der Geschlossenheit liegt unsere Macht.

**Dresden.** Am 10. September fand den Wünschen der Kollegenschaft entsprechend eine gut besuchte Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt: Stellungnahme zur Beitrags-erhöhung. Bevor in die Besprechung dieses Punktes eingetreten wurde, teilte Wäßner mit, daß das lang-jährige Mitglied Otto Schubert verstorben sei. Die Versammlung ehrte den Verstorbenen in der üblichen Weise.

Hierauf nahm Lange das Wort. In manchen Kreisen der Kollegenschaft hat die Beitrags-erhöhung Mißfallen erregt. Aber so, wie das Wasser zum Treiben der Mühle gebraucht wird, so sind die Beiträge zur Verbandsumühle notwendig. Die kommende Zeit wird viele und harte Kämpfe bringen, die einen starken Kampffonds erfordern werden. Unsere bisherigen Einnahmen halten jedoch seit langem nicht mehr Schritt mit den Ausgaben und der Verbands-tag hat sich nicht der Notwendigkeit einer Beitrags-erhöhung verschließen können. Allen Delegierten war es klar: Der Verbandstag konnte auslaufen wie er wollte, eine Erhöhung der Beiträge mußte er bringen. Nicht die Verbesserung der einzelnen Unterstellungen erfordern dieses, sondern nur einzig und allein die Stärkung unseres Kampffonds. Wir dürfen uns keiner Sorglosigkeit hingeben, sondern müssen alles daran setzen, daß uns von der Kollegenschaft in der Zukunft nicht der dann nur allzu berechtigte Vorwurf gemacht werden könnte, die Lage der Dinge nicht erkannt zu haben. Eben, weil die Lage furchtbar ernst ist, ist es notwendig, daß wir unserer Verbandsklasse jetzt ein Opfer bringen, um nicht später mehr als dieses zu opfern. Seine Ausführungen klangen aus in die Mahnung, die Notwendigkeit der Erhöhung zu erkennen und bei allen Mitgliedern dahin zu wirken, daß diese ein Gleiches tun.

In der Debatte erklärte Menzer, daß bei den Mitgliedern zwei Stimmungen herrschten. Die erste findet die Erhöhung zu hoch, und die zweite möchte sich der Erhöhung wohl anschließen, wenn sie wüßte, daß mit unserem Gelde praktisch gearbeitet würde. Er brachte folgende Resolution ein:

Die am 10. September abgehaltene Mitglieder-versammlung der Buchbinderbranche erhebt Protest gegen die auf dem Verbandstag beschlossene Erhöhung der Beiträge und ersucht den zu wählenden Reichstaxtarif, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß an Stelle der vorgezeichneten Urabstimmung über Erhöhung der Krankenterversicherung eine solche darüber stattfinden soll, welche ganz zu stehen und dafür die Beiträge zu ermäßigen. Die Versammlung kann es nicht anerkennen, daß auf der einen Seite Mittel zum Kampf gefordert werden, während auf der anderen Unterstellungen, welche dem Charakter einer Kampforganisation nicht entsprechen, beibehalten und sogar noch

weiter ausgebaut werden sollen. Nur im Abbau der Unterstellungen (außer für Streiks und Wahrgelungen) liegt die Fundamentierung zur Kampforganisation, nur darin liegt eine wirkliche Stärkung des Kampffonds. In diesem Sinne gelobt die Versammlung, voll und ganz als Kampfbund dem Befehlswort zu dienen. Die Verwaltung der Buchbinder Dresden wird ersucht, diesen Protest in Form einer Resolution an den Vorstand des Verbandes zu übermitteln.

Auch diese Resolution stand mit zur Debatte, die einen manchmal beinahe stürmischen Verlauf nahm. Einem Antrag auf Schluß der Debatte wurde stattgegeben. Das Resultat der Abstimmung war 83 Stimmen für und 219 gegen diese Resolution, die damit abgelehnt worden ist.

Nachdem wurde die Wahl für den Tarifausschuß vorgenommen und Lange einstimmig gewählt. Ein Antrag, aus Gründen der Toleranz und Demokratie Versammlungsanzeigen in beiden Volkszeitungen erscheinen zu lassen, wurde von der Versammlung abgelehnt. Wäßner sprach in seinem Schlußwort die Hoffnung aus, daß für die Zukunft der Versammlungsbesuch genau so gut wie der heutige bleiben möchte.

**Dalle.** Nach langer Pause ist auch von der hiesigen Zahlstelle etwas zu melden. Die am Orte befindlichen Kolleginnen und Kollegen scheinen endlich zu begreifen, wozu sie gehören. Das merkte man an der am 5. September stattgefundenen überfüllten Mitglieder-versammlung, die unter dem Zeichen der Lohnbewegung stand. Nach der üblichen Ehrung des verstorbenen Kollegen Diemer berichtete Müller über die am 31. August stattgefundene Konferenz, Rom 1. Juni d. J. ab war in Halle ein Tarif eingeführt. Da die hiesigen Buchdruckereien sich geweigert hatten, denselben anzuerkennen, so wurde die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß übergeben. Die am 20. September stattgefundene Sitzung hatte die Prinzipale der Buchdruckereien zur Zahlung verurteilt, und zwar rückwirkend bis zum 1. Juli. Die Druckereien boten sich Weibtheit bis zum 5. September aus und lehnten dann den Schiedspruch ab. Es liegt nun an den hiesigen Kollegen, das zu unseren Gunsten gefällte Urteil durchzuführen. Bezirksleiter Wagner-Leipzig ermahnte die Kollegen, den letzten Mann in die Organisation zu bringen, woran sich jedes Mitglied beteiligen müsse, da dies im Interesse eines jeden liege. Der Tarif hatte nur Gültigkeit bis zum 31. August und es sind jetzt wieder neue Forderungen eingereicht. Die Unternehmer haben diese bis jetzt abgelehnt mit dem Hinweis auf das Kommen des Reichstaxtarifes. Bis dahin kann jedoch die hiesige Kollegenschaft nicht warten, was in einer angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht wurde, und sie hielt den neuen Verhandlungen mit guten Hoffnungen entgegen.

**Heidelberg.** In einer gutbesuchten Mitglieder-versammlung am 1. September berichtete Lauer-Mannheim über den Verbandstag. Nach dessen Ausführungen nahm die Versammlung mit 88 gegen 2 Stimmen folgende Resolution an:

Die Versammlung mißbilligt aufs schärfste das Verhalten der Opposition auf dem Verbandstage, durch welche eigentliche positive Arbeit für den Verband verhindert wurde. Die gewerkschaftliche Arbeit darf nicht einseitig nach dem Standpunkt einer politischen Partei betrieben werden. Die Versammlung erwartet, daß nun das zur Abklärung des Beiseitegestelltes und der Bild nach vorwärts getrieben wird. Sie begrüßt deshalb, daß endlich der Reichstaxtarif für unseren Beruf Wirklichkeit werden soll und fordert alle Mitglieder zur weiteren regen Mitarbeit am Verbandsleben auf.

**Leipzig.** Eine am 5. September tagende Versammlung aller in den Kartonnagenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm den Bericht über die am 23. August stattgefundene Verhandlung mit den hiesigen Kartonnagenfabrikanten entgegen. Nachdem am 28. Mai eine Vereinbarung über die Lohnsätze zustande gekommen war, die diese vom 9. Mai an rückwirkend in Kraft traten, war es noch nötig, eine Verständigung herbeizuführen über die allgemeinen Bestimmungen des Tarifvertrages. Dem stellten sich große Schwierigkeiten entgegen und erst am 29. August war es möglich, zur Verständigung zu gelangen, nachdem erst drei Entwürfe zur Beratung gestanden hatten. Großen Widerstand setzten die Unternehmer der Gewährung von Ferien noch in diesem Jahre entgegen; doch gelang es, solche in Höhe von 3-6 Tagen bei einer Beschäftigungsdauer von 1-4 Jahren zu erreichen. Im großen und ganzen lehnten sich die allgemeinen Bestimmungen denen des Dresdener Kartonnagenarbeitsvertrages an. Eine Sitzung über den Ablaufstermin war nicht zu erzielen, da die Unternehmer denselben auf den 31. Dezember 1920 festlegen wollten, während unsererseits am 31. Oktober festgehalten wurde. Dieser Streitfall soll im gegenseitigen Einverständnis dem

Schlichtungsausschuss zur Entscheidung überwiesen werden, dessen Spruch anzuerkennen sich beide Teile verpflichten.

In der Diskussion stimmten die Versammelten den Abmachungen zu. Sie erklärten aber in einer einstimmig angenommenen Resolution, nachdem seit dem am 9. Mai erfolgten Lohnregulierung eine weitere erhebliche Steigerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände eingetreten ist, daß mit den derzeitigen niedrigen Lohnhöhen nicht mehr auszukommen sei. Sie beauftragten deshalb ihre Tarifkommission, mit den Unternehmern erneut in Verhandlungen zu treten, in denen eine weitere Teuerungszulage von 30 Proz. gefordert werden soll.

In der Versammlung wurden noch die Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagenfabrik von Siebert Nachfolger einer berechtigten Kritik unterzogen. Der Inhaber dieses Betriebes entläßt nach Gutdünken die Arbeiterinnen, ohne sich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Wiederholte Versuche der Ortsverwaltung, ihn eines besseren zu belehren, schlugen fehl. In letzter Zeit lehnt er überhaupt jede Verhandlung mit der Organisation ab. Es wurde den Arbeiterinnen empfohlen, in jedem einzelnen Falle die Hilfe des Gewerbegerichts in Anspruch zu nehmen. Im übrigen sollten es sich die Arbeiterinnen überlegen, ob sie ihre Dienste weiter dieser Firma zur Verfügung stellen. Das beste Mittel, auch diesen Herrn zum Verständnis der Neuzeit zu bringen, ist die Stärkung der Organisation. Nachdem noch die Wahl des Tarifschiedsgerichts vollzogen und erücht worden war, alle Tarifverträge demselben zu melden, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Mannheim. Unsere Zahlstelle hielt am 6. September eine Mitgliederversammlung ab, in der der Vorsitzende die traurigen Lohnverhältnisse bei der Firma R. C. Weigel bekannt gab. Bei dieser wird ein 20 jähriger Gehilfe noch mit 48 M. entlohnt. Er ist entlassen worden, weil er es gewagt hatte, den herrschaftlichen Lohn zu fordern.

Sodann berichtete Lauer über den Verhandlungstag. In seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen schildert er den Verlauf desselben, wobei er besonders das Verhalten der Opposition beurteilt. Es sei nun aber Zeit an der Zeit, die politischen Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und darum forderte er zur gemeinsamen gewerkschaftlichen Tätigkeit auf.

Weiter berichtete Lauer, daß die Buchdrucker mit der vom Tarifausschuss festgesetzten Teuerungszulage nicht zufrieden seien und sie deshalb in Mannheim eine Aufwandsentschädigung von 300 M. verlangten. Er schlug der Versammlung vor, sich dieser Forderung anzuschließen. In der Aussprache stellt ein Kollege den Antrag, für Gefilten 20 M. und für Mädchen 10 M. Teuerungszulage sowie eine Aufwandsentschädigung wie die Buchdrucker zu fordern. Ein anderer Kollege befürwortet diesen Antrag und meint, unser Minimallohn wäre ja auch um 3 M. niedriger wie der der Buchdrucker. Beschlossen wurde, unsere Forderung auf 12 M. für Gefilten und 10 M. für Mädchen sowie 300 M. Aufwandsentschädigung den Buchdruckereigentlichen einzureichen und mit den Buchdruckern gemeinsam vorzugehen. Der Vorsitzende macht die Kollegen darauf aufmerksam, daß ein evtl. Streik auf unsere Kosten geht, da der Vorstand noch nicht unterrichtet sei.

**Rundschau.**

**Gewerkschaftliche Zusammenschlüsse.** Die zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, dem Verbands der Bureauangestellten und dem Verbands der deutschen Versicherungsbearbeiter geführten Verhandlungen führten auf der Tagung am 8. und 9. September in Weimar zur Vereinigung zum Zentralverband der Angestellten. Damit ist die freigewerkschaftliche Einzelorganisation für alle im Handel, Verkehr, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft tätigen Handlungsgehilfen und Bureauangestellten sowie für die in der Sozial- und Privatversicherung, bei Behörden und Rechtsanwältinnen beschäftigten Angestellten geschaffen. Der neue Verband steht beschlussgemäß auf dem Boden strengster parteipolitischer Neutralität und ist mit über 350.000 Mitgliedern der größte Angestelltenverband der Welt.

**Weiter Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums.** Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhielt kürzlich vom Reichsarbeitsminister Schilde ein Schreiben, in dem es heißt:

„Ich lege größten Wert darauf, daß zu allen Maßnahmen, die von meinem Ministerium getroffen werden, Vertreter der Arbeitnehmerseite gehört werden. Zu meinem Bedauern fehlt dies zuweilen auf Schwierigkeiten, und namentlich in eiligen Fällen scheitern die Be-

mühungen meiner Referenten, auch die Vertretung der Arbeiter und Angestellten zu hören, häufig daran, daß die in Frage kommenden Verwaltungsstellen der gewerkschaftlichen Verbände mein Ministerium nicht unterrichten und selbst telephonische und telegraphische Aufforderungen zur Ausfertigung oder zur Erhaltung eines ergänzenden Berichtes zu den von Arbeitgeberseite meist sehr schnell gemachten Mitteilungen unbeantwortet lassen.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn die Hauptverbände der gewerkschaftlichen Berufsvereine Verfassungen nehmen wollten, ihre Bezirke und Ortsverwaltungen einmal grundsätzlich über die Aufgabe meines Ministeriums aufzuklären und ihnen eine schnelle und zuverlässige Berichterstattung namentlich in Fällen von größerer Arbeitslosigkeit nahe zu legen.“

Der Reichsarbeitsminister befaßt sich also darüber, daß die Gewerkschaften in der Erhaltung von Gutachten usw. nicht so mit seinem Ministerium zusammenarbeiten wie die Unternehmer, wodurch natürlich eine einseitige Unterrichtung des Ministeriums zustande kommt. Der Reichsarbeitsminister hat den Wunsch, daß die Gewerkschaften in der Berichterstattung über Arbeitslosigkeit usw. hinter den Unternehmerverbänden nicht zurückbleiben möchten. Dieser Wunsch ist berechtigt, da sich das Reichsarbeitsministerium nur nach Anhörung von Arbeitgebern und Arbeitern ein richtiges und unparteiliches Urteil bilden kann. Wir glauben, daß es für unsere Ortsverwaltungen und Gauleiter nur dieses Zweckes bedarf, um sie gegebenenfalls ihre Pflicht schnellstens erfüllen zu lassen.

**Erholungsurlaub für Arbeiter.** Ein neues österreichisches Gesetz bestimmt, daß den Arbeitern in jedem Jahre ein ununterbrochener Urlaub von einer Woche zu gewähren ist, wenn ihr Dienstverhältnis ein Jahr ununterbrochen gedauert hat, und von zwei Wochen, wenn es ununterbrochen fünf Jahre gedauert hat. Jugendlichen Arbeitern vor dem vollendeten 16. Lebensjahre gebührt schon nach einjähriger Dauer des Dienstverhältnisses ein Urlaub von zwei Wochen. In der Urlaubszeit hat der Arbeiter Anspruch auf seine gewöhnliche Löhne.

Dieses Gesetz ist von der größten arbeitsergesundheitlichen Bedeutung. Die überaus günstigen Folgen des Urlaubs für Arbeiter hat man in Deutschland schon längst erkannt, wenn auch die allermeisten Arbeiter einen Urlaub nicht hatten. Nach einer Statistik sind in Deutschland nur 20 Proz. der Arbeiter zu einem Urlaub berechtigt. Selbst unter den Angestellten, von denen man im allgemeinen annimmt, daß sie des Urlaubs zum größten Teile teilhaftig werden, sind in Wirklichkeit nur 40 Proz. etwa in der günstigen Lage. Mehrere Handelskammern haben bereits in der vorrevolutionären Zeit über die günstigen (auch im Sinne der Rentabilität) Folgen des Urlaubs berichtet, sowohl der Angestellten als der Arbeiter. Wenn der Urlaub dennoch nicht Gesetz wurde, so zeigt das wieder, daß sich die Arbeiter wie Angestellten eine Hebung ihrer sozialen Lage nur selbst erringen können durch kraftvollen gewerkschaftlichen Zusammenschluß.

**Genossenschaften, Krieg und Frieden.** Folgender Auszug aus einem Briefe der amerikanischen Genossenschaftliga an den Sekretär des internationalen Genossenschaftsbundes zeichnet aus die Stellung der Genossenschaften zum Kriege und zu dem, was die Gewinner dieses Krieges Frieden nennen: „Dies muß der letzte Krieg sein. Die Diplomaten und militärischen Führer, die nach früheren Kriegen die Friedensbedingungen festsetzten, haben mit ihren Verträgen und Handlungen die Keime für künftige Kriege gepflanzt. Diese Gefahr kann nur beseitigt werden, wenn die Massen der Völker, die durch einen Krieg alles zu verlieren und nichts zu gewinnen haben, den Frieden schließen und ihn durchführen.“

Welche Umstände führen zum Kriege? Das sind die Fragen, die bei der Festsetzung der Friedensbedingungen erwogen werden müssen. Der Krieg ist zum weitläufigsten Teil eine Folge von wirtschaftlichem Wettbewerb. Keine Krise erweist sich auf die Dauer als so mächtig wie der Kampf um wirtschaftliche Vorteile und Privilegien. Solange die Waren in erster Linie zu dem Zweck des Gelderdienstens und nicht der eigentlichen Versorgung mit dem, was die Menschen brauchen, produziert und abgesetzt werden, werden auch diese rivalitäten bestehen.

Eine der Hauptaufgaben, die durch diesen Friedensschluß gelöst werden sollen, ist es, wirksame internationale Abkommen zu treffen, durch die es den handeltreibenden Kreisen unmöglich gemacht wird, die Völker der Erde auszubeuten. An die Stelle des wirtschaftlichen Wettbewerbs und Antagonismus muß das System der Genossenschaft und der gegenseitigen Hilfe treten.

Es bestehen drei große organisierte Mächte, die

grundsätzlich dieses Ziel verfolgen: die Arbeiterbewegung, die sozialistische Bewegung und die Genossenschaftsbewegung. In vielen Ländern haben die Arbeiterparteien ein politisches Programm mit Zielen aufgestellt, die weit über das hinaus gehen, was von Staatsmännern, Diplomaten oder Ministern erwartet werden kann. Die aufgeklärte Sozialdemokratie verkündet, indem sie die Vereitelung der Autokratie und ein vernünftiges Staatswesen fordert, das Ideal einer gerechteren Gesellschaftsordnung. Die Genossenschaftsbewegung hat den Krieg überhanden und das Vertrauen aller Völker in der Welt gewonnen, die ihre Tätigkeit kennengelernt und ihren Wert für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in der Welt begriffen haben. 250 Millionen Menschen sind ihr angegeschlossen.

Jeder dieser drei Bewegungen kommt bei der Vereitelung der widrigen Umstände, die zum Kriege führen, und bei der Aufstellung vernünftiger Bedingungen, durch die Kriege verhindert werden können, große Bedeutung zu. Sie tragen einen internationalen Charakter und sind einer umfassenden internationalen Entwicklung fähig. Sie sind diejenigen Mächte, auf die sich die Welt verlassen kann, wenn es gilt, eine friedliche Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Welches immer auch die Mängel dieser drei organisierten Mächte sein mögen, die große Tatsache, daß die Welt diese drei aufbauenden Faktoren besitzt, bleibt bestehen, und noch nie hat sie ihren Rat so nötig gehabt wie jetzt.“

**Sind Unfälle unvermeidlich?** Man gibt den Arbeitern so oft selbst die Schuld an den Berufs-unfällen. Die sozialen Verhältnisse sind so schlecht, daß die Welt diese drei aufbauenden Faktoren besitzt, bleibt bestehen, und noch nie hat sie ihren Rat so nötig gehabt wie jetzt.“

**Alkohol und Arbeit.** Die unheilvollen Folgen des Alkoholismus zeigt uns eine Statistik, die Prof. Grotzahn in seiner „Sozialen Pathologie“ bringt. Danach fehlte sich die Nachkommenschaft in 50 Trinkerfamilien mit Trunksucht des Vaters und der Mutter wie folgt zusammen: Es waren 27,8 Proz. totgeboren oder borgerig gestorben, 29,3 Proz. litten in der Kindheit an Krämpfen, 18,8 Proz. waren Trinker, 41,2 Proz. geistlichschwach, 10,7 Proz. waren moralisch perverse Verbrecher, 18 Proz. waren Epileptiker und hysterisch und 12,8 Proz. waren geisteskrank. Es ist angebracht, bei der Gelegenheit auf die engen Zusammenhänge hinzuweisen, die zwischen sozialer Lage und Alkoholismus bestehen. Je niedriger das soziale Los, um so größer der Alkoholismus und umgekehrt. Darum ist die beste Bekämpfung des Alkoholismus der gewerkschaftliche Kampf für wirtschaftliche Besserung.

**Wo sollen Arbeiter wohnen?** Die „Meteorologische Zeitschrift“ (1918, Nr. 11/12) berichtet über Messungen des Staubergehaltes der Luft am Rande der Großstadt. Die Messungen wurden in Wien auf der hohen Warte vorgenommen. Die Luft war, wie zu erwarten, nicht rein. Selbst die an und für sich reinigende Wirkung des Regens hielt nicht lange an. Den größten Einfluß auf den Staubgehalt der Luft übte der Wind aus, sowohl die Windrichtung, wie die Windgeschwindigkeit. Die Feststellungen beweisen, daß die Luft auch am Rande der Großstadt zum Wohnen nicht geeignet ist. Ein gesundes Wohnen ist nur draußen, weit vor den Toren der Stadt, möglich. Es wird darum die Aufgabe der Zukunft sein, die Wohnhäuser immer mehr von der Großstadt zu entfernen und die Entfernung von den Arbeitsstätten aufzuheben durch ein wohlorganisiertes Schnellbahnsystem.

**Sprüche der Erkenntnis.**

Es ist die Pflicht eines jeden Menschen, von dem Augenblick an, wo er die Fähigkeit eines selbständigen Urteils erlangt, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern, weil die ganze soziale Existenz, die ganze soziale Entwicklung der einzelnen in höherem Grade von den Einrichtungen und Zuständen abhängt, die der Gesamtheit der Gesellschaft eigen sind, als von seinem eigenen Wissen und eigener Tüchtigkeit, eigenem Können. Weber.

### Gau 10 (Rheinland-Westfalen).

Gemäß § 56 des Verbandsstatuts und den Bestimmungen des Gauregulars beruft Unterzeichneter für Sonntag, den 28. September, vormittags 9 Uhr, einen

Gautag

nach Düsseldorf, in das Lokal des Herrn Behr, „Karlstädter Hof“, Ecke Bilsenerstraße und Karlplatz, ein.

#### Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Der Verbandstag und seine Beschlüsse.
3. Die zukünftige Gestaltung des Gaus und Trennung in links- und rechtsrheinisch.
4. Erhebung eines Gaubetrages der Zahlstellen.
5. Beratung der vorliegenden Anträge.
6. Verschiedenes.

Indem wir auf die verschiedenen Rundschreiben betr. Gautag verweisen, bemerken wir, daß im Tagungsort auch für Nachtlogis gesorgt werden kann. Rechtzeitige Benachrichtigung ist aber erwünscht. Alle diesbezüglichen Anfragen sind zu richten an Kollegen Paul Janda, Düsseldorf, Wallstraße 10.

Der Gauvorstand.

J. A.: W. Groenhoff, Elberfeld, Kohstr. 7.

### Briefkasten.

Auf dem Postwege von der Redaktion zur Druckeret ist ein Brief mit Manuskripten und Anzeigen verloren gegangen. Wir machen die Einsender, die ihre Zuschriften in dieser Nummer vermissen hierauf aufmerksam.

### Von der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige

wird auf vielfache Anfragen mitgeteilt, daß die von der Generalversammlung in Hannover beschlossenen Satzungsänderungen den zuständigen Aufsichtsbehörden zur Genehmigung unterbreitet worden sind. Die Genehmigung dürfte in aller Eile erfolgen. Die abgeänderte Satzung tritt jedoch erst ab 1. Januar 1920 in Kraft. Nach den Uebergangsbestimmungen treten Mitglieder, die zurzeit des Inkrafttretens des 2. Nachtrags zur Satzung erkrankt sind, erst nach Beendigung dieses Versicherungsfalles in die für sie in Frage kommende neue Klasse ein. Bis dahin erhalten die Mitglieder das Krankengeld, das ihnen nach den Bestimmungen der unveränderten Satzung zusteht.

### Literarisches.

Protokoll des Sozialdemokratischen Parteitagess in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1910 und Bericht der 7. Frauenkonferenz in Weimar am 15. und 16. Juni 1919. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. Preis broschiert 7,50 Mk., gebunden 10 Mk.; in guter Ausgabe broschiert 15 Mk., gebunden 22 Mk.

W. Brade, Nieder mit den Sozialdemokraten! Eine vor 40 Jahren geschriebene Streitschrift. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. Preis 75 Pf.

Dr. Klason, Das Recht der Uebergangszeit. Verlag „Gesellschaft und Erziehung“, Berlin SW. 4., Wilhelmstr. 9. Preis 2,70 Mk.

Das letzte Jahr hat die rechtlichen Verhältnisse auf allen Gebieten völlig umgewandelt, so daß es dem Fachmann schon recht schwer wird, festzustellen, was rechtens ist oder nicht. Den Uebergang zu einer völlig neuen Rechtsordnung vermitteln eine Anzahl von Gesetzen und Verordnungen, die sich insbesondere auf die am meisten brennenden Fragen der wirtschaftlichen Verhältnisse beziehen, wie Mieterschutz, Schuldnerschutz, besonders zugunsten der Kriegsteilnehmer, Einhellungszwang der Arbeiter, Angefallenen und Kriegsbeschädigten, Erwerbslosenfürsorge, Landarbeiterrecht, Tarifvertrag, Schlichtungsweisen usw. Sehr viel Unzufriedenheit würde verschwinden, wenn jedermann über seine Rechte und Befugnisse besser informiert wäre. Das ermöglicht die genannte Schrift in äußerst umfangreicher und populärer Weise. Der Verfasser gibt im ersten Bande einen gründlichen Kommentar, während der zweite Band alle diesbezüglichen Gesetzestexte im Wortlaut enthält.

Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die November-Revolution. Beobachtungen und Betrachtungen eines ehemaligen Feldsoldaten. Verlag „Freiheit“, Berlin NW. 6. Preis 60 Pf.

Diese Schrift versucht ein Bild der Vorgänge an der Front zu zeigen, die zum Zusammenbruch geführt haben. Gegenüber den Darstellungen der Ludendorff, Tirpitz usw. läßt sie erkennen, daß der Zusammenbruch an der Front bereits seit März 1918 sichtbar war und die Revolution nur eine Folge dieses militärischen Niederganges ist.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am 3. August unser treues Mitglied

**Max Leutner**

an einer im Felde zugezogenen Krankheit nach langem Leiden in Eisenberg gestorben ist.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Zahlstelle Solingen-Wald.

Unsern lieben Kollegen

**Friedrich Niemann**

nebst Braut zur Verlobung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma

**C. Gundlach H. G.**

Dielefeld.

Unsern lieben Kollegen

**Otto Lehmann**

zu seiner silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Trier.

Unsern lieben Kollegen und langjährigen Vorstehenden

**Karl Eifel**

und seiner wertigen Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Zahlstelle Langensalza i. Th.

Zur Vermählung des Kollegen

**Hubert Schmitz**

sowie seiner lieben Frau, der Kollegin Leoni Vestinghaus, die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Bonn.

**KLEBRA**

der Klebstoff für alle

in Tuben in drei Größen. — Aeußerst handlich, sparsam im Gebrauch. — Für Großverbrauch in Fässern und Korblaschen.

**Chemische Fabrik Rosenberg & Co., Karlsruhe i. B.**

Wiederverkäufer an allen Plätzen gesucht.

**WIRIL**

Klebstoffe

sind allen voran

Glänzende Begutachtungen

Lieferanten von Staats- u. städt. Behörden, Industriellen, Werken u. der Handelswelt.

Muster u. Skg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben!

**Chemisch Technische Werke**

Willybald Richter

Leipzig Quersstr. 16

Tel. 3049, 11248 ★ Telegr. Adr. Wirilwerke

Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.

### Berlin, Breite Str. 4

## Arbeitsraum

Borderhaus, 4. Stockwerk, als Werkstätte für Buchbinder, sowie 2 große Flurschrankfenster sofort zu vermieten.

Wer die Adresse des Etuismachers Alfred Frenzel kennt, wird ersicht, diese an Hermann Schultze, Leipzig, Volkmarisdorf, Ludwigstraße 78 II, bei Wilmann anzugeben.

## Tüchtige Etuismacher

per sofort oder später gesucht.

H. Werlt, Cassel, Königstr. 84.

## Bezugscheinfräser

## Tischlerleim

5— 10 kg à 7,50 Mk. p. kg  
50— 70 " " 7,20 " " "  
150— 180 " " 6,80 " " "

Otto Bohl, Geestemünde, Fischerstraße 8.

## Molestin, grau,

auf Wunsch auch andere Farben, große und kleine Posten lieferbar. Anfragen erb. an **Gebr. Engels, R.-Gladbach.**

Für aufstrebende Mitgliedschaft, Zahlstelle oder sonstigen Arbeiterverein ist Gelegenheit, eine gut zusammengestellte, alle Gebiete der Bewegung betreffende Bibliothek zu erwerben. Anfragen an **R. Hänfgen, Mittl. 21971** Unterweichbach i. Thüringen.

## Achtung! Berlin!

Bringe hierdurch allen Kollegen mein Restaurant als Buchbinderheim in empfehlende Erinnerung. Sportsfreunde finden täglich Unterhaltung, auch Stat usw. Gäste willkommen. Freundlichen Gruß **Koll. Rob. Köhler, Skalitzer Str. 140, a. Kottbuser Tor.**